



### Das Wahlergebnis

Der Wahlkampf ist vorüber. Gottlob! Selten sind die Geister so hart aufeinander gestoßen wie bei der Reichstagswahl vom 14. September. Wenn auch die Wahlen im allgemeinen, besonders in Süddeutschland, so ziemlich in Ruhe und Ordnung verlaufen sind — gewisse preussische Städte machen immer eine Ausnahme — so lag doch seit Wochen über Deutschland eine politische Schwüle, deren sich das Volk am Sonntag durch das reichende Gewitter seiner Stimmabgabe zu entledigen versuchte. Daher die weit stärkere Wahlbeteiligung — daher aber auch das erstaunliche Anwachsen der radikalen Parteien. Nichts ist für die tiefgehende Unzufriedenheit im Volk so bezeichnend wie das Emporschnellen der kommunistischen Reichstagsfraktion von 55 auf 76 und nun gar der gewaltige Sprung der Nationalsozialisten von 12 auf 102 Reichstagsmitglieder. Ein solcher Fall ist bei geordneten Wahlen noch in keinem Parlament, geschweige denn im Deutschen Reichstag zu verzeichnen gewesen. Es muß aber gesagt werden, daß an dem Erfolg der Nationalsozialisten die preussische Regierung mit ihrer Verfolgung nationalsozialistischer Beamten und Reichsinnenminister Dr. Wirth mit seinem Kampf gegen Thüringen nicht ohne jedes Verdienst daran sind. Auch in der Politik ist es gefährlich, Märtyrer zu schaffen. Also scharf macht eben scharf. Was nun zunächst die Wahlen im Reich anlangt, so ist das Hauptereignis der Verlust der Deutschnationalen. Nach dem vorläufigen Ergebnis haben sie über 2 Millionen Stimmen gegenüber der Wahl von 1928 eingebüßt und von 78 sind der Fraktion noch 41 oder 43 Mitglieder verblieben. Die Teile der Partei, die aus rein persönlichen Gründen die Deutschnationale Volkspartei sprengen zu müssen glaubten, haben die Genugtuung, einen Erfolg buchen zu können — einen Erfolg, der allerdings nicht ihnen zugut kommt, denn von den Abgefallenen sind fast alle in der Wahl durchgefallen; ihre Wähler sind nicht, wie sie erwarteten, der Mitte, sondern der Nationalsozialisten zugelaufen. Vielleicht dämmert es jetzt den Politikern um Treviranus, Westarp usw., daß sie auf den Heimweg gegangen sind und nicht gemerkt haben, wie der Hase läuft. Eine wirkliche Führernatur hätte weiter gesehen. Treviranus und Westarp sind überhaupt nur mit Hilfe der hannoverschen Wessensstimmen wiedergewählt worden. Von den 20 Volkskonservativen bei der Reichstagsauflösung sind noch 5 übrig geblieben. Ohne Zweifel hat Westarp und Treviranus' „Bekenntnis zur Republik“ bei den konservativen Wählern nicht viel Anklang gefunden. Und auch die Vorherjager Dr. Wirths, daß wahrscheinlich Westarp neben Breitheid (Soz.) in der neuen Koalition oder Regierung sitzen werde, mag vielfach nicht als Empfehlung für die Volkskonservative Partei gewirkt haben.

Einen starken Stimmengewinn hat das Zentrum erfahren, das damit wieder auf die Stärke von 1924 (Dez.) aufgerückt ist und seine Fraktionszahl von 62 auf 69 erhöht hat.

Nicht gut hat die neue Staatspartei (Demokratische Partei) abgeschnitten, die nun auf 20 Fraktionsmitglieder zusammengeschrumpft ist gegen 75 bei den Nationalratswahlen. Der neue Name hat sich jedenfalls nicht als zugkräftig erwiesen, die alten Wähler scheinen sich auch zum großen Teil mit der scheinbaren Frontänderung nicht haben befreunden zu wollen. Besonders auffallend ist der starke Rückgang der mit der Staatspartei verbundenen Deutschen Volkspartei. Diese Verbindung, die in Süddeutschland begründet, in Norddeutschland vielfach bekämpft wurde, scheint weite Kreise der volksparteilichen Wählerschaft, namentlich der Jugend, kopfschüttel gemacht und vermutlich ins Lager der Nationalsozialisten getrieben zu haben. — Die Sozialdemokratie hat einen Verlust von 10 Mandaten zu verzeichnen, der angesichts der Vermehrung der Gesamtzahl der Wähler um fast drei Millionen immerhin nicht ohne Bedeutung ist. — Die Wirtschaftspartei hat ihren Bestand (24 bei der Reichstagsauflösung) beinahe behauptet. Der Christlich-Soziale Volksdienst hat es auf 856 127 Stimmen gebracht, die ohne Zweifel größtenteils aus dem deutschnationalen Lager stammen; der Führer der Partei, Lic. Mumm, gehörte bisher der Deutschnationalen Volkspartei an.

In Württemberg liegen die Dinge ähnlich wie bei den Ergebnissen im Reich. Der Bauern- und Wein- und Gärtnerbund hat seine drei Mandate behauptet. An Stelle des Dekonomierats Roat-Gochsen, der eine Wiederwahl ablehnte, ist Frhr. v. Stauffenberg-Riftstetten getreten. Die Deutschnationalen haben mit Hilfe der badischen Reichstimmigen Dr. W. d. R. durchgebracht, während sein Gegenkandidat Dr. B. z. B. nur 13 056 Stimmen auf sich vereinigte. Die Kandidatur B. z. B. galt von Anfang an als aussichtslos, immerhin wäre durch sie die Wahl Dr. W. d. R. vorbereitet worden, wenn diesem nicht die Reichstimmigen aus Baden, das selbst keinen deutschnationalen Kandidaten durchbringen konnte, zuzugehen wären. Auch in Württemberg hat das Zentrum stark zugenommen und

### Tagespiegel

Das Reichsernährungsministerium beabsichtigt die Agrar-Propaganda, soweit sie von ihm beeinflusst wird, unter einer einheitlichen Leitung zusammenzufassen und eine eigene Stelle hierfür zu schaffen. Als deren Leiter ist der bisherige Presschef im Reichsernährungsministerium, Obergierungsrat Dr. Richter, bestellt worden.

Von maßgebender nationalsozialistischer Seite wird erklärt, man werde im Reich schon im Hinblick auf die Steuer-Geheggebung gezwungen sein, mit den Nationalsozialisten zu regieren. Dazu seien sie aber nur bereit, wenn gleichzeitig der preussische Landtag „aufliege“. Es gehe nicht länger an, daß in Preußen anders regiert werde als im Reich. Die Nationalsozialisten verlangen für sich das preussische Innenministerium und eine gründliche Aenderung der preussischen Kulturpolitik und der Richtung des preussischen Justizministeriums. Wenn eine Koalition gegen die Sozialdemokratie zustandekomme, würden die Nationalsozialisten als stärkste Koalitionspartei das Amt des Reichspräsidenten fordern. Die Fraktionsführung im Reichstag werde Minister Dr. Feil, im preussischen Landtag Abg. Rube übernehmen.

Ann 5 Abgeordnete nach Berlin schickten, statt bisher drei. Der Christl. Volksdienst hat seine Stimmen um das 3fache vermehrt.

Den Sammlungsvereinen hat es wahrscheinlich auch geschadet, daß sie in ihrem Wahlkampf immer wieder mit größtem Nachdruck das „Hindenburgprogramm“ betonten und sich auf den Reichspräsidenten beriefen, obwohl Hindenburg wiederholt dringend aufgefordert hatte, seine Person und Stellung unbedingte aus dem Spiel zu lassen. Das hat, wenn man unparteiisch die Wahrheit sagen soll, keinen guten Eindruck gemacht. Die Gegner Hindenburgs hat es gereizt und seine Verehrer fühlten sich verkehrt.

Die Zahl der Wahlberechtigten wird vom Büro des Reichswahlleiters auf 42,8 bis 42,9 Millionen geschätzt gegen 41 224 678 bei der Wahl vom 20. Mai 1928 und 38,9 Millionen Stimmberechtigten bei den Dezemberwahlen 1924. Rund 3 Millionen Wähler mehr konnten also diesmal wählen als vor sechs Jahren. Die Wohnbevölkerung belief sich nach dem Stand von 1925 auf 62 410 619.

Gegenüber 1923 ist die Zahl der Wahlbewerber von 6209 (5718 männl. und 491 weibl.) jetzt auf 7115 (6478 männl. und 637 weibl.), also um 906 oder 15 Proz. gestiegen. Das Spiel mit den langen Listen ist aber verlorene Liebesmüh. 1928 ist in 102 Fällen nur der Spitzenkandidat der Kreisliste in den Reichstag eingezogen, in 62 Fällen kamen auf die Kreislisten 2 Sitze, in 57 Fällen 3 Sitze, nur in 39 Kreiswahlbezirken glückte es, 3 und mehr Bewerber durchs Ziel zu bringen.

### Parteiführer zum Wahlausgang.

Berlin, 15. Sept. Das WTB. hat im Rahmen seines Wahlsonderdienstes führende Persönlichkeiten des Partei-lebens die Frage vorgelegt, wie sie das Ergebnis der Wahlen beurteilen. Bis her haben sich dazu geäußert:

#### Minister Stegerwald

„Das Gravierende an der Wahl ist, daß die beiden Flügelparteien von rechts und links, die Nationalsozialisten und die Kommunisten, bei sehr starker Wahlbeteiligung etwa 70 Mandate mehr gewonnen haben, als man allgemein angenommen hatte. Etwas noch nie dagewesenes ist indessen das Wahlergebnis nicht; bei den Reichswahlen 1924 hatten bei sehr viel schwächerer Wahlbeteiligung und bei 472 Abgeordneten die Deutschnationale Volkspartei und die Nationalsozialisten zusammen bereits 138 Mandate gegen 148 bei 575 Abgeordneten erhalten. Deutschnationale Volkspartei, Nationalsozialisten und Kommunisten verfügten nach der Reichswahl von 1924 über 42 Prozent, im jüngsten Reichstag werden sie über 38 Prozent aller Mandate verfügen.“

Die Erfolge der beiden Flügelparteien beruhen einmal auf der großen Arbeitslosigkeit und dann auf den unzureichenden außenpolitischen Zugeständnissen, die man Deutschland nach Locarno glaubte machen zu können. Wenn es uns nicht gelingt, aus dem Versailler Vertrag die größten Stoppeln zu entfernen und die deutschen Reparationsverpflichtungen erträglicher zu gestalten, sowie die Arbeitslosenfrage zurückdrängen, ist eine endgültige deutsche und europäische Beruhigung nicht zu erzielen. Zentrumspartei und Bayerische Volkspartei sind die einzigen Parteien, die neben den Erfolgen der Flügelparteien sich bei der Wahl gut behauptet haben. Trotz aller Schwierigkeiten dürften die eifernen Notwendigkeiten im kommenden Herbst und Winter eine positive Arbeitsmehrheit im Reichstag zusammen-zwingen. Voraussetzung dafür ist freilich eine starke Regierung, die über Staatsnotwendigkeiten nicht mit sich feilschen läßt.“

#### Otto Wels

„Niemand wird leugnen wollen, daß sich die Sozialdemokratie gut geschlagen hat. Wir haben in Anbetracht unserer vorzüglichen Organisation niemals daran gezweifelt. Auch der plötzliche Aufstieg der Nationalsozialisten beunruhigt mich nicht. Diese Partei, ohne jedes Programm und ohne jeden Grundlag, dürfte ebenso schnell wieder vergehen, wie sie aufgeschwemmt worden ist. Wenn sich das Zentrum diesmal zum ersten Male als Regierungspartei auf einen Wahlerfolg berufen kann, so muß demgegenüber darauf hingewiesen werden, daß es lediglich aufgeblüht hat, was es bei den letzten Wahlen einbüßte. Die Verantwortung für das, was kommen wird, liegt in erster Linie bei den bürgerlichen Parteien der Mitte und nicht bei der Sozialdemokratie.“

#### Hugenberg

„Der Ausfall der Wahlen ist die erwartete Antwort auf die Politik der Regierung Brüning und zugleich eine Genugtuung für die Millionen, die mit Volksbegehren und Volksentscheid den Kampf gegen den Youngplan und ihre Unfreiheit begannen. Die Selbstbehauptung des Marxismus in diesem Wahlkampf ist die Folge der törichten Haltung der hinter der Regierung Brüning stehenden Parteien, die den entscheidenden Augenblick zum Schlage gegen die Sozialdemokratie im März-April ds. Js. verpaßten. Die Mitte ist entscheidend geschwächt. Die Mitläufer des Zentrums, die an seiner langjährigen Schaukelpolitik und damit an der Fortdauer des Einflusses der Sozialdemokratie schuld sind, haben nun die Quittung für ihre Politik erhalten. Das Verbrechen der Splittterparteien hat sich an ihren Führern vernehmlich gerächt. Auch das Landvolk hat gezeigt, daß es in einer Berufspartei nicht die Vertretung seiner Interessen erblickt. Die DVP., die über die ihr am 18. Juli verbliebenen 36 Mandate hinaus diesmal nur fünf zurückgewonnen hat, kann gleichwohl in dem Wahlergebnis nur eine volle Rechtfertigung erblicken, den sie im starken Gegensatz zu den absichtlichen oder unabsichtlichen Irrungen der zerplitterten Mitte in den Kämpfen der letzten einhalb Jahre festgehalten hat. Sie wird in Ruhe und entschlossen diesen Kurs weiter verfolgen. Es ist bei unserer Feststellung verblieben: Das Geheiß des Handelns ist jetzt bei der Rechten. Selbst die Große Koalition ist nicht mehr möglich, wenn sich ihr nicht neue Elemente anschließen, die das bisher ihren Wählern gegenüber strikt abgelehnt haben und die für ein gegenseitiges Handeln ihre Quittung ebenso bekommen werden, wie jetzt die Deutsche Volkspartei. Das gibt dem neuen Reichstag sein Gepräge. Denjenigen, die diesen Wahlkampf durchgeführt haben, gebührt der Dank der Partei. Der Kampf, der mit dem Volksbegehren begann, tritt mit dem 14. September in einen neuen Abschnitt. Die Fortsetzung dieses Kampfes wird nicht lange auf sich warten lassen.“

#### Dr. Bredt

„Die Wirtschaftspartei ist geneigt, sich an jeder Regierungscoalition im Reich zu beteiligen, die durch eine gründliche Aenderung des Finanzausgleichs die Selbstverantwortlichkeit von Ländern und Gemeinden auf finanziellen Gebieten wiederherstellt und die Sonderbelastung des Mittelstandes durch Gewerbe- und Hauszinssteuer beseitigt. Die Verwaltungsabgabe habe die Wirtschaftspartei nur als Übergangslösung gutheißen können. Sie erinnern daran, daß ihre finanziellen Forderungen im alten Reichstag auf den entschiedensten Widerspruch der Sozialdemokraten gestoßen seien, und glaube nicht, daß die Sozialdemokratie jetzt eine andere Stellung einnehmen werde. Infolgedessen werde die Wirtschaftspartei auch geneigt sein, sich an einer Koalition mit den Nationalsozialisten zu beteiligen.“

### Keine Regierungsmehrheit

#### Koalitionsschwierigkeiten

Nach dem vorläufigen Wahlergebnis — die Verteilung der Reichstimmigen dürften einige Veränderungen herbeiführen — verfügen die hinter dem Kabinett Brüning stehenden Parteien nur noch über 172 Mandate, die Regierung hat also nicht nur keine Mehrheit gefunden, sondern ihre parlamentarische Grundlage ist stark geschwächt worden. Die Regierungsparteien zählten bei Auflösung des Reichstags 233 Mandate. Die Parteien der früheren Großen Koalition: Sozialdemokraten, Zentrum, Volkspartei, Demokraten (Staatspartei) und Bayerische Volkspartei haben jetzt zusammen 278 Stimmen (bei der Reichstagsauflösung 300), also keine Mehrheit, ebenso nicht die Weimarer Koalition, die jetzt einschließlich der Bayerischen Volkspartei über 252 Stimmen verfügen würde. Eine ganz große Koalition, zu der noch die Wirtschaftspartei, Landvolk und die Konservativen hinzutreten würden, würden 321 Mitglieder und damit die absolute Mehrheit haben, aber nicht die sogenannte qualifizierte Mehrheit von zwei Dritteln, die nötig ist, um verfassungändernde Gesetze durchzubringen. Und solche werden nach der Notverordnung den neuen Reichstag beschäftigen.

Für das Kabinett Brüning bestünde aber noch eine Koalitionsmöglichkeit durch Verbindung mit der gesamten Rechten: Nationalsozialisten 107, Zentrum 68,





